



April 2009

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

© Infratest dimap, Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin

ARD-DeutschlandTREND April 2009

Der G20-Gipfel weckt in der Öffentlichkeit hohe Erwartungen, bei der Bewältigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise entscheidende Schritte voranzukommen. 80 Prozent der Deutschen trauen US-Präsident Barack Obama zu, einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten. Das Zutrauen in Bundeskanzlerin Angela Merkel (58 Prozent) bzw. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (49 Prozent) ist deutlich geringer. Der neue US-Präsident löst hierzulande große Hoffnungen aus: 89 Prozent sehen mit Obama die USA wieder auf dem richtigen Weg. 76 Prozent wünschen sich auch für Deutschland Politiker wie ihn. In der Summe bekommt Obama von 80 Prozent gute Noten - mehr als alle abgefragten deutschen Politiker. In einem Punkt wollen die Deutschen Obama allerdings nicht folgen: Seine angekündigte neue Strategie für Afghanistan beinhaltet auch die Aufforderung an die europäischen Länder, die USA bei der Verstärkung der Truppen zu unterstützen. In der deutschen Bevölkerung wird dies kritisch gesehen, denn eine deutliche Mehrheit (64 Prozent) spricht sich für einen möglichst schnellen Rückzug der Bundeswehr aus dem zentralasiatischen Land aus. Lediglich 32 Prozent plädieren für eine fortdauernde Stationierung.

Zur Bekämpfung der Krise ist aus Sicht der Bürger in erster Linie eine weltweite Kontrolle der Finanzmärkte notwendig (90 Prozent), aber auch kreditfinanzierte Investitionen in Umwelt- und Klimaschutzprogramme sowie Finanzhilfen für Entwicklungsländer finden große Zustimmung. Allerdings befürchten viele Bürger auch Mitnahmeeffekte durch die Unternehmen, was möglicherweise dazu führt, dass sich im Fall des angeschlagenen Autoherstellers Opel eine knappe Mehrheit (51 Prozent) gegen staatliche Hilfen ausspricht.

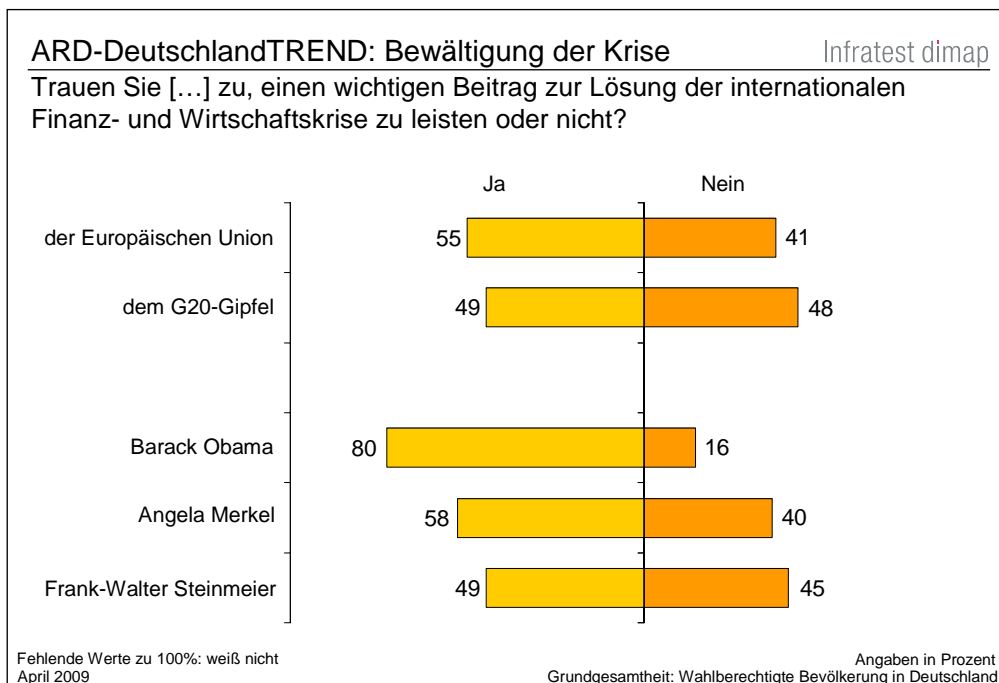
Die Bewertung der wichtigsten deutschen Politiker hat sich binnen Monatsfrist fast durchweg leicht verbessert. Außenminister Steinmeier ist mit einem Zufriedenheitswert von 66 Prozent erneut auf Platz 1 knapp vor Kanzlerin Merkel mit 64 Prozent platziert (jeweils +1 Punkt im Vergleich zum März). Der neue Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg kann seine Bekanntheit deutlich steigern, was sich nahezu vollständig in zahlreicheren positiven Urteilen nieder schlägt: Mit der politischen Arbeit des CSU-Politikers sind derzeit 46 Prozent (+14) zufrieden. Damit erreicht zu Guttenberg eine bessere Bewertung als alle seine Amtsvorgänger in den letzten zehn Jahren.

Die politische Stimmung in Deutschland ist aktuell wieder etwas günstiger für die Union: Derzeit würden sich 34 Prozent für die CDU/CSU entscheiden, ein Plus von 2 Punkten binnen Monatsfrist. Gleichzeitig verliert die kleinere bürgerliche Partei: Die FDP käme auf einen Wähleranteil von 15 Prozent (-2). Auch die SPD muss leichte Einbußen hinnehmen und käme nur noch auf 26 Prozent (-1). Linke (+1) und Grüne (±0) würden jeweils 11 Prozent erreichen,

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom April, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 30. bis 31. März 1.000, für die Sonntagsfrage vom 30. März bis 1. April 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

Weltfinanzgipfel: Auf Obama richten sich die Hoffnungen der Deutschen

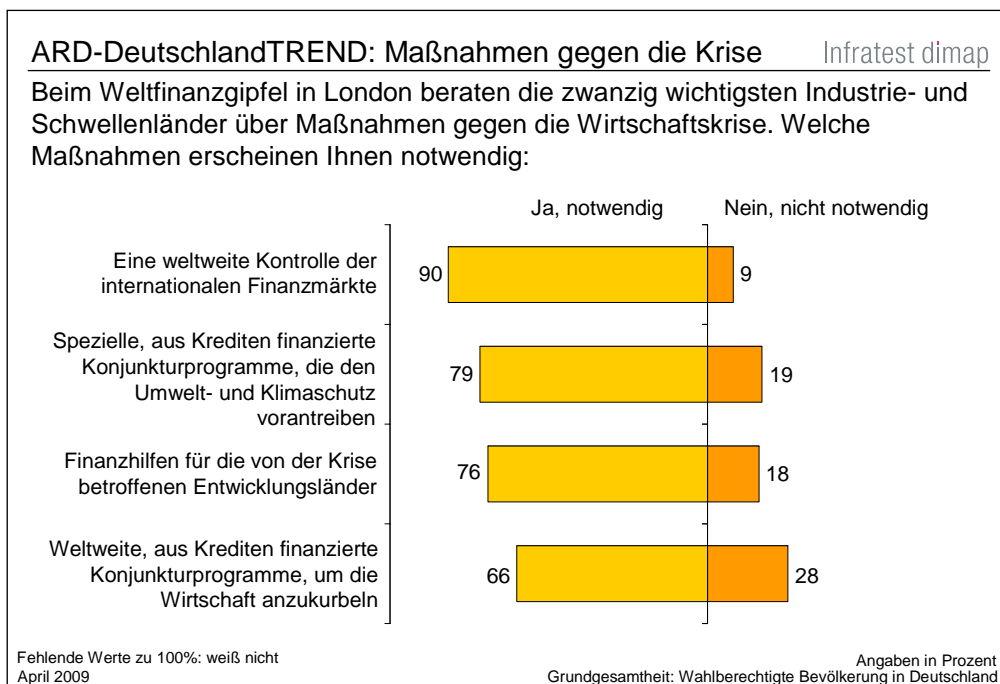
Der in dieser Woche stattfindende Weltfinanzgipfel weckt in der Öffentlichkeit hohe Erwartungen, bei der Bewältigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise entscheidende Schritte voranzukommen. Das Zutrauen der Bevölkerung in die beteiligten Institutionen und Personen ist dabei sehr unterschiedlich. Mit Blick auf den Londoner G20-Gipfel fallen die Einschätzungen der Bundesbürger geteilt aus: Die eine Hälfte (49 Prozent) glaubt, er sei in der Lage, einen relevanten Beitrag zur Lösung der aktuellen ökonomischen Probleme zu leisten, die andere Hälfte (48 Prozent) stellt das in Abrede. Etwas mehr Vertrauen genießt in diesem Zusammenhang die Europäische Union, der von 55 Prozent zugestanden wird, sie sei in der Lage, wichtige Schritte zu unternehmen, während 41 Prozent daran Zweifel hegen.



Das Treffen der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ist das Forum, auf dem der neue US-Präsident Barack Obama seinen ersten großen internationalen Auftritt haben wird. Auf ihn richten sich dabei besonders starke Erwartungen der Bevölkerung hierzulande. Vier von fünf Bürgern (80 Prozent) trauen Obama zu, einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung der Krise zu leisten. Deutlich geringere Hoffnungen verbinden sich mit der Kanzlerin Angela Merkel (58 Prozent) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (49 Prozent).

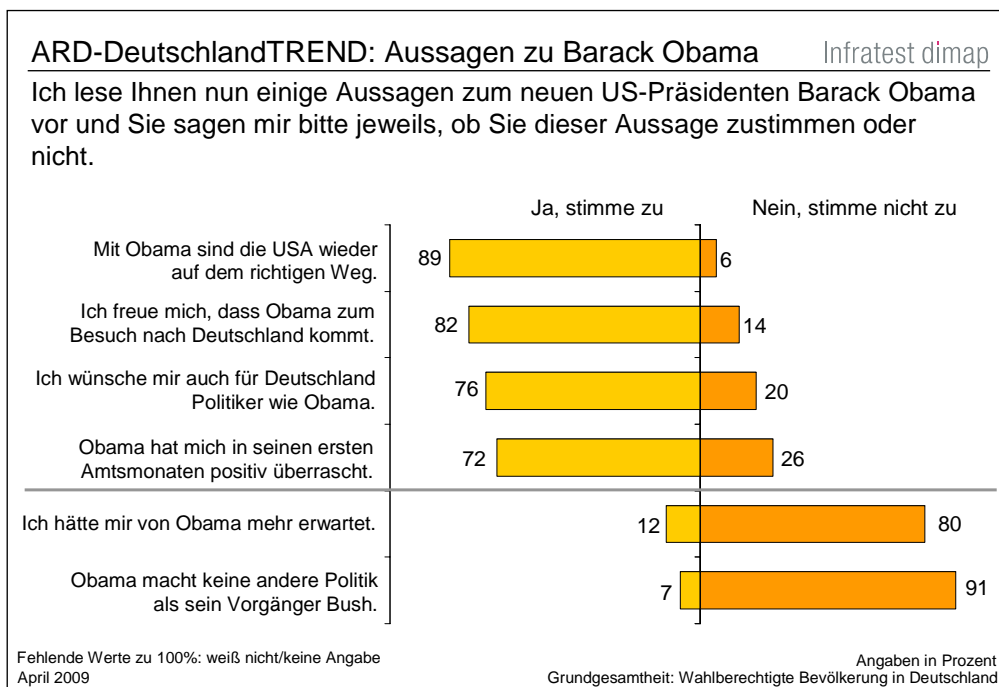
Maßnahmen gegen die Krise: Kontrolle der Finanzmärkte am wichtigsten

Auf dem Weltfinanzgipfel in London wird über eine Reihe von Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise beraten. Dazu gehören zum einen Regulierungsmaßnahmen und zum anderen Programme zur Bekämpfung der weltweiten Rezession. Eine weltweite Kontrolle der Finanzmärkte steht aus Sicht der Deutschen dabei an vorderster Stelle: 90 Prozent halten dies für notwendig. Mit 79 Prozent Zustimmung erscheinen spezielle Konjunkturprogramme, die den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben, als kaum weniger wichtig. In nahezu gleichem Maße (76 Prozent) werden Finanzhilfen für die von der Krise betroffenen Entwicklungsländer eingefordert. Zwei Drittel der Bürger (66 Prozent) glauben zudem, dass weitere weltweite, aus Krediten finanzierte Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Wirtschaft unerlässlich sind, um die Krise zu überwinden.



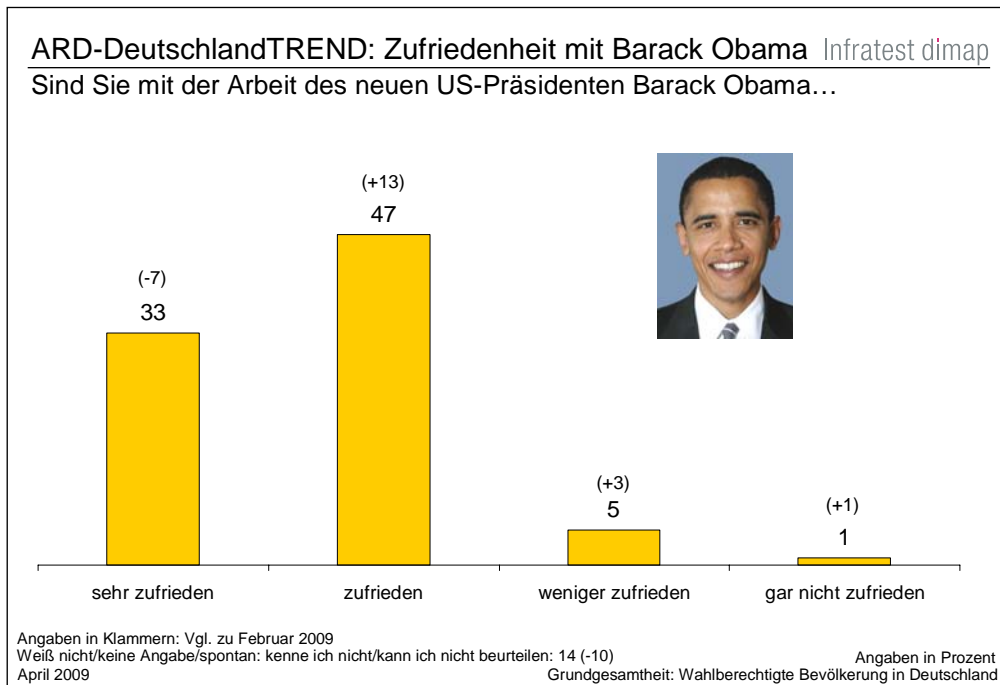
Breiter Zuspruch für Barack Obama und seine Politik

Auf den neuen US-Präsidenten Barack Obama richten sich nicht nur große Hoffnungen im Hinblick auf seinen Auftritt beim G20-Gipfel. Er genießt vielmehr generell einen enormen Vertrauens- und Sympathiebonus bei den Bundesbürgern. Neun von zehn (89 Prozent) glauben, die USA seien unter seiner Führung wieder auf dem richtigen Weg. Fast ebenso viele (82 Prozent) bekennen, sie würden sich auf seinen Besuch in Deutschland freuen.



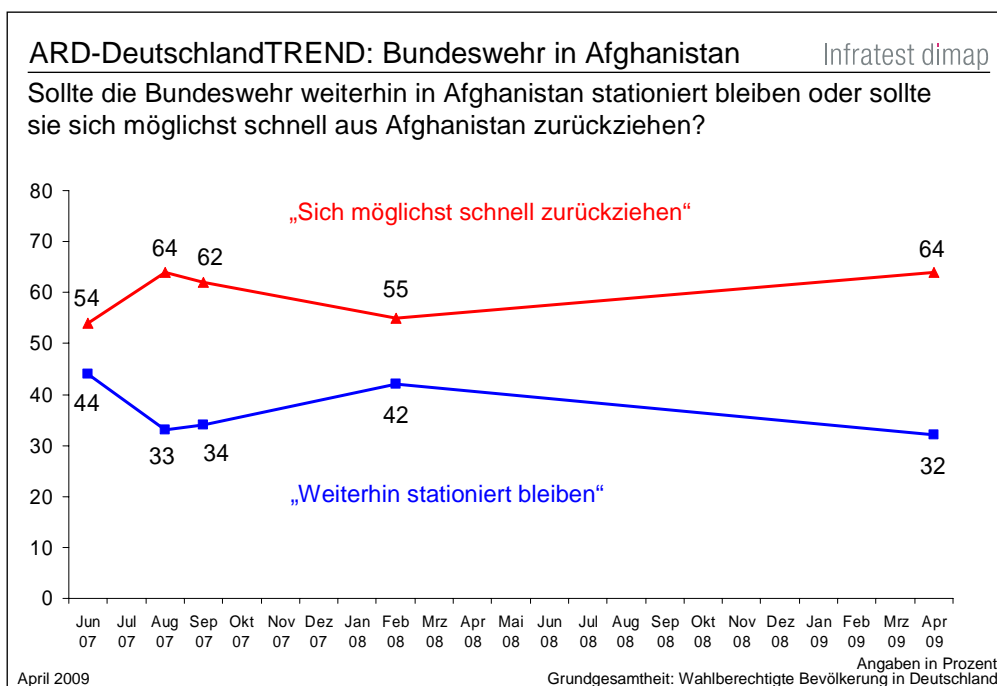
Drei Viertel der Bevölkerung (76 Prozent) sehen in dem amerikanischen Präsidenten ein Vorbild für deutsche Politiker und wünschen sich, es gäbe auch hierzulande Politiker wie Barack Obama. Zu seinem guten Image trägt sicher auch bei, dass viele Bürger (72 Prozent), von seiner Amtsführung in den ersten Monaten positiv überrascht sind. Kritische Meinungen über Barack Obama sind entsprechend selten zu hören. Lediglich 12 Prozent erklären, sie hätten sich mehr von ihm erwartet und nur 7 Prozent werfen ihm vor, er mache auch keine andere Politik als sein Amtsvorgänger George W. Bush.

In der Summe äußern sich derzeit 80 Prozent der Deutschen wohlwollend über Obamas Arbeit. Er wird damit deutlich besser beurteilt als die deutschen Politiker.



Schwindender Rückhalt für Bundeswehreinsatz in Afghanistan

In einem Punkt wollen die Deutschen Obama allerdings nicht folgen: Der amerikanische Präsident hat eine neue Strategie für Afghanistan angekündigt, zu der auch eine Verstärkung der US-Truppen gehört. Seine Aufforderung an die europäischen Partner, ihn dabei zu unterstützen, wird indes von der deutschen Bevölkerung kritisch gesehen. Lediglich 32 Prozent vertreten die Ansicht, die Bundeswehr solle weiterhin in Afghanistan stationiert bleiben, während eine deutliche Mehrheit von 64 Prozent einen möglichst schnellen Rückzug der deutschen Soldaten vom Hindukusch fordert.

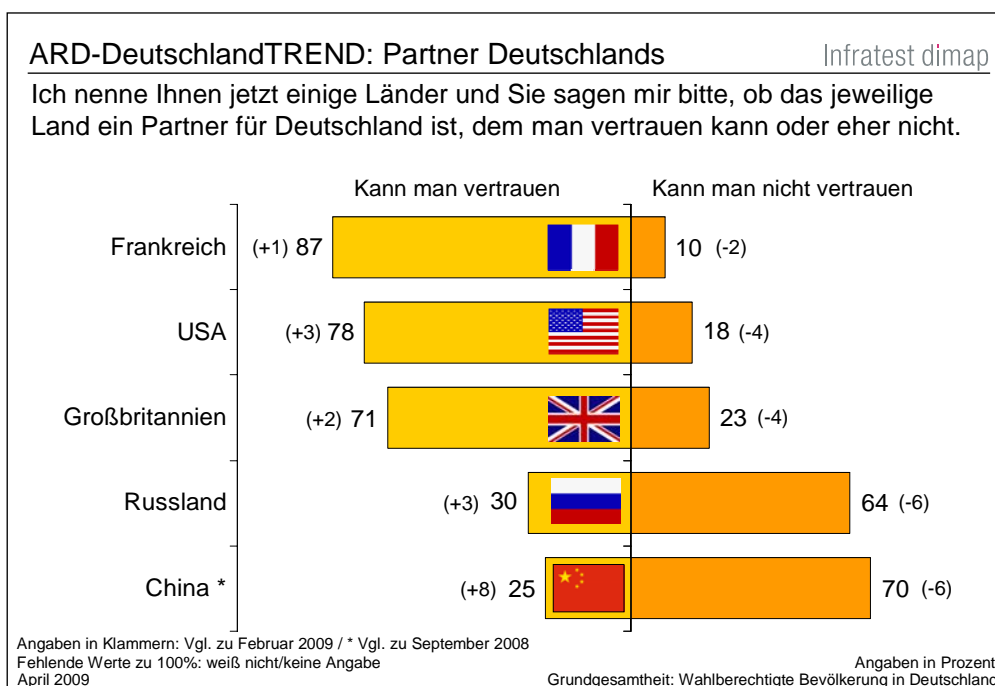


Auch schon vor gut einem Jahr, im Februar 2008, bildeten die Gegner einer Stationierung der Bundeswehr in Afghanistan die Mehrheit gegenüber den Befürwortern, die allerdings mit 55 zu 42 Prozent noch nicht so deutlich ausfiel wie derzeit.

Eine nachlassende Unterstützung für den Afghanistaneinsatz ist in allen Parteianhängerschaften zu verzeichnen: In den Reihen von SPD, FDP, Grünen und der Linken liegt der Rückgang zwischen 10 und 13 Punkten. Im Unions-Lager fällt er mit 7 Punkten noch am geringsten aus. Dies reicht indes, um auch dort die Befürworter zur Minderheit werden zu lassen.

Frankreich weiterhin vertrauenswürdigster Partner der Bundesrepublik

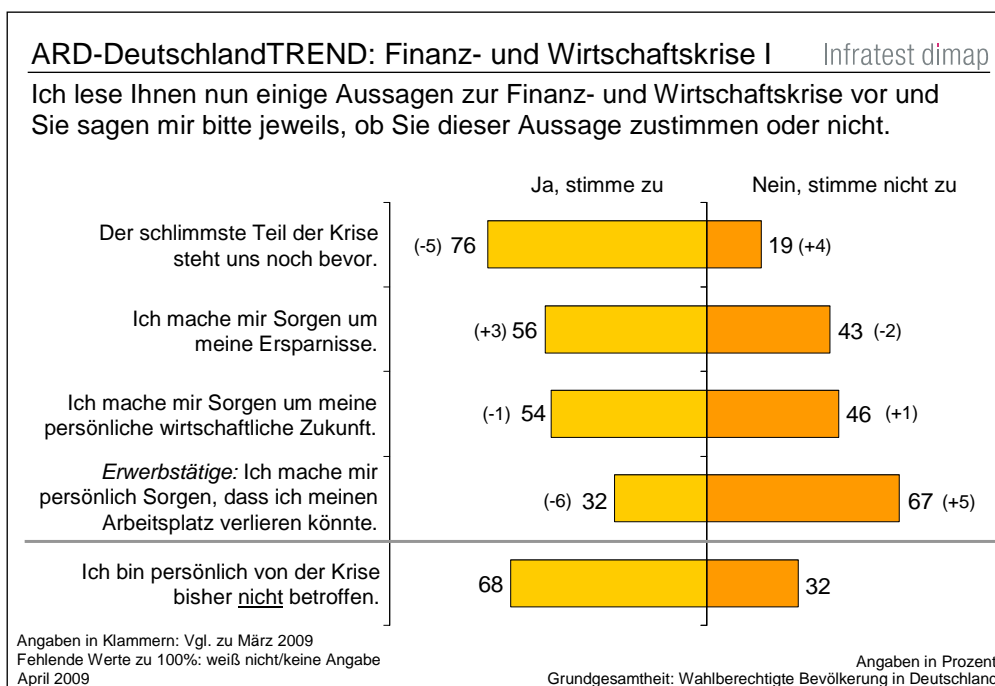
Frankreich verdient aus Sicht der Bevölkerung unter den außenpolitischen Partnern der Bundesrepublik nach wie vor das größte Vertrauen. Knapp neun von zehn (87 Prozent) halten den Nachbarn im Westen für einen verlässlichen Freund Deutschlands. An zweiter Stelle rangieren die USA mit 78 Prozent, gefolgt von Großbritannien mit einem Vertrauensbonus bei den Bundesbürgern von 71 Prozent. Sehr distanziert steht die Bevölkerung Russland und China gegenüber. Lediglich 30 Prozent sehen in der Russischen Föderation einen vertrauenswürdigen Partner, 25 Prozent teilen diese Einschätzung im Hinblick auf die Volksrepublik im Fernen Osten.



Damit hat sich die Einschätzung seit Februar diesen Jahres kaum verändert. Während sich Frankreich, die USA, Großbritannien und Russland nur geringfügig verbesserten, stieg das Vertrauen gegenüber China im Vergleich zum September letzten Jahres deutlich an (+8 Punkte). Damit nimmt das Land aber nach wie vor den letzten Platz in der Liste der abgefragten Nationen ein.

Wirtschaftskrise: Ein Drittel ist persönlich betroffen

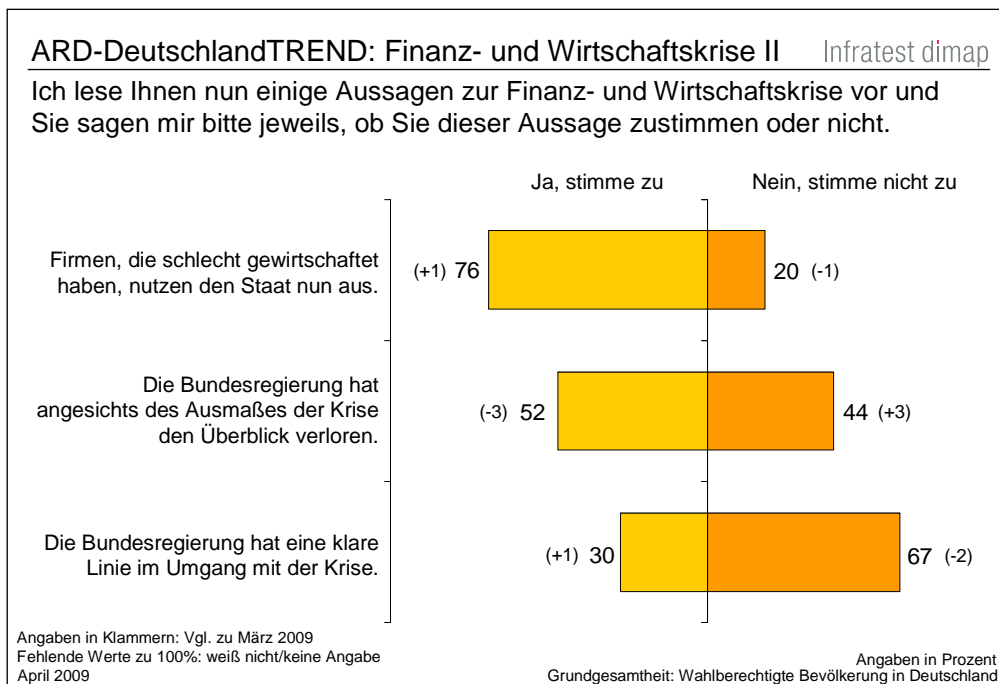
Weiterhin ist eine große Mehrheit der Bürger (76 Prozent) der Überzeugung, dass der Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise noch nicht erreicht ist. Eine Mehrheit (54 Prozent) macht sich nach wie vor Sorgen um die persönliche wirtschaftliche Zukunft. Zwar haben auf der einen Seite die Sorgen um die eigenen Ersparnisse erneut zugenommen (56 Prozent, +3), auf der anderen Seite hat jedoch die Furcht der Erwerbstätigen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes trotz gestiegener Arbeitslosenzahlen abgenommen (32 Prozent, -6).



Während zwei Drittel (68 Prozent) der Befragten äußern, dass sie die Folgen der Krise bisher nicht spüren, ist ein Drittel nach eigener Aussage davon betroffen (32 Prozent). Die von der Krise Betroffenen machen sich deutlich größere Sorgen um die eigenen Ersparnisse und ihren Arbeitsplatz, 70 Prozent von ihnen fürchten um ihre wirtschaftliche Zukunft.

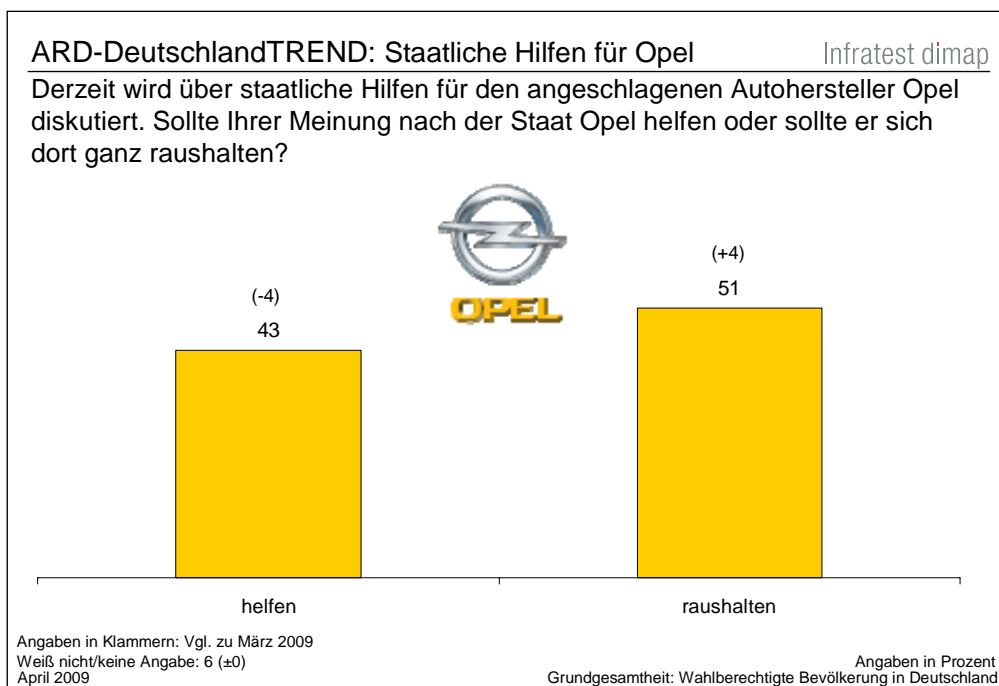
Weiterhin mehrheitlich Kritik am Krisenmanagement der Regierung

Nach wie vor ist die Bevölkerung mit Blick auf das Krisenmanagement der Großen Koalition skeptisch: Zwei Drittel (67 Prozent) sind weiterhin der Meinung, dass der Regierung Merkel eine klare Linie im Umgang mit der Krise fehlt. Eine knappe Mehrheit (52 Prozent) diagnostiziert zudem, dass die Bundesregierung angesichts des Ausmaßes der Krise den Überblick verloren hat. Bei drei Vierteln (76 Prozent) besteht die Sorge fort, dass schlecht wirtschaftende Unternehmen die öffentliche Hand nur ausnutzen.



Krise bei Opel: Knappe Mehrheit gegen staatliche Hilfen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei ihrem Besuch des Opel-Werkes in Rüsselsheim Anfang der Woche angekündigt, dass die Bundesregierung bereit sei, Maßnahmen zur Sicherung der Zukunft des Autobauers zu unterstützen. Bei der Bevölkerung stoßen staatliche Hilfen eher auf Ablehnung. Die Ansicht, der Staat solle Opel helfen, wird von 43 Prozent für richtig erachtet, während es 51 Prozent für besser hielten, wenn sich die öffentliche Hand hier ganz heraushalten würde.

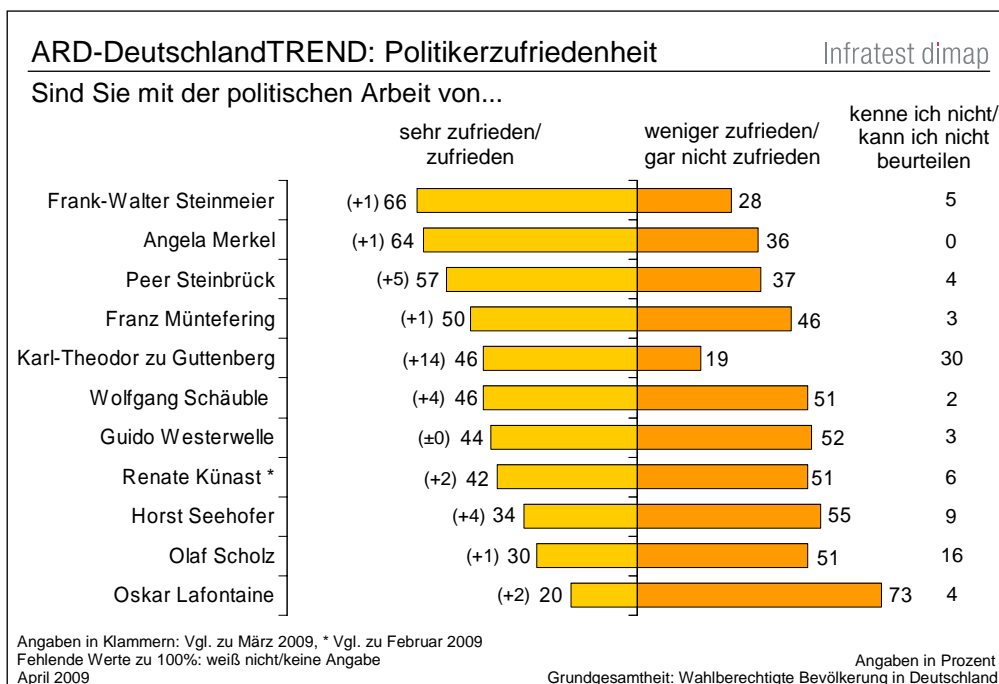


Die Befürwortung von Hilfsmaßnahmen in der Bevölkerung lässt offenbar nach. Vor vier Wochen wurden die beiden Positionen noch von jeweils 47 Prozent vertreten.

Politikerzufriedenheit: Zu Guttenberg mit deutlichem Popularitätsplus

Die Bewertung der wichtigsten deutschen Politiker hat sich binnen Monatsfrist fast durchgängig leicht verbessert. Bei Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg fällt der Popularitätszuwachs am deutlichsten aus: Der CSU-Politiker konnte in den letzten vier Wochen seine Bekanntheit massiv steigern, was sich nahezu vollständig in zahlreicheren positiven Urteilen niederschlägt. Mit der politischen Arbeit des Bayern sind derzeit 46 Prozent aller Deutschen sehr zufrieden bzw. zufrieden, 14 Punkte mehr als im März. Damit erreicht zu Guttenberg eine bessere Bewertung als alle seine Amtsvorgänger in den letzten zehn Jahren.

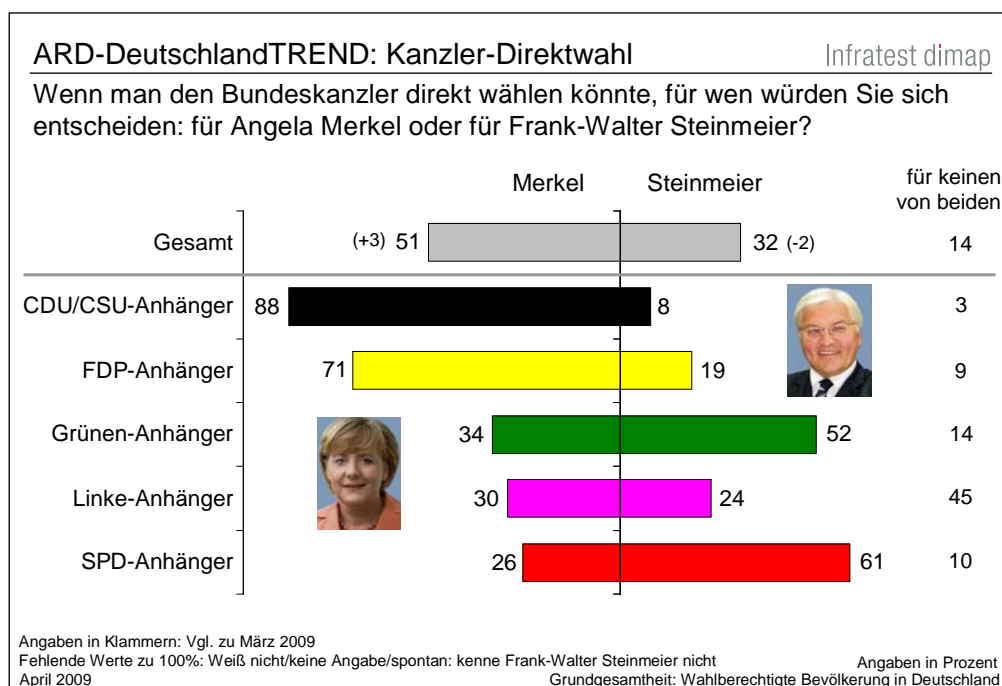
Spitzenreiter in der Rangliste der beliebtesten deutschen Politiker bleibt Außenminister Frank-Walter Steinmeier (66 Prozent, +1), knapp vor der Bundeskanzlerin Angela Merkel (64 Prozent, +1), der die Debatte der letzten Woche um ihre Führungsstärke offenbar nicht geschadet hat. SPD-Finanzminister Peer Steinbrück trifft bei 57 Prozent der Bürger auf positive Resonanz, ein Ansehensgewinn von 5 Punkten. Der sozialdemokratische Parteichef Franz Müntefering führt mit 50 Prozent wohlwollenden Urteilen das Mittelfeld an. Gleichauf mit zu Guttenberg auf dem fünften Platz liegt Innenminister Wolfgang Schäuble (46 Prozent, +4), dicht gefolgt von FDP-Chef Guido Westerwelle (44 Prozent, ±0), und der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Renate Künast (42 Prozent, +2).



Mit deutlichem Abstand folgt der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, der seinen Rückhalt in der Bevölkerung um 4 Punkte auf 34 Prozent auszubauen vermag. Sein Rekordtief vom März hat er damit hinter sich gelassen. Auf dem vorletzten Platz der in diesem Monat abgefragten Politiker liegt Arbeitsminister Olaf Scholz, der von 30 Prozent (+1) der Bürger gute Noten bekommt. LINKEN-Parteichef Oskar Lafontaine ist trotz leichter Verbesserung (20 Prozent, +2), der Politiker, der die mit Abstand meisten negativen Urteile aus sich vereint.

Kanzler-Direktwahl: Merkel mit größerem Rückhalt in den eigenen Reihen

In der direkten Konfrontation der beiden Spitzenkandidaten für die Kanzlerschaft der nächsten Legislaturperiode gelingt es der Amtsinhaberin, ihren Vorsprung vor dem SPD-Herausforderer wieder auszubauen. Wenn die Deutschen den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin direkt bestimmen könnten, würden derzeit 51 Prozent für Angela Merkel und 32 Prozent für Frank-Walter Steinmeier votieren. 14 Prozent können oder wollen sich für keinen der beiden entscheiden. Nachdem Steinmeier im vergangenen Monat seinen Rückstand auf 14 Punkte verringern konnte, ist er nur wieder auf 19 Punkte angestiegen.



Die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt die Probleme auf, mit denen der SPD-Kandidat zu kämpfen hat: Während die CDU-Anhänger nahezu geschlossen hinter Merkel stehen, würden nur 61 Prozent der SPD-Anhänger ihr Kreuz bei Steinmeier machen. Immerhin ein Viertel (26 Prozent) der sozialdemokratischen Anhängerschaft würde bei dieser Personalalternative für die CDU-Chefin stimmen. Steinmeier vermag auch die Anhänger des Wunschkoalitionspartners, der Grünen, nicht ausreichend zu überzeugen: Nur eine knappe Mehrheit der Grünen-Anhängerschaft spricht sich für den derzeitigen Außenminister als künftigen Kanzler Deutschlands aus.

Parteikompetenzen: Volksparteien mit sehr unterschiedlichem Profil

Für die Wahlentscheidung ist die Lösungskompetenz, die man einer Partei bei den wichtigen Problemen zuschreibt, von zentraler Bedeutung. Rund sechs Monate vor der Bundestagswahl verfügen die beiden Regierungsparteien über ein sehr unterschiedliches Kompetenzprofil. Die **Union** verfügt in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie in Haushalts- und Finanzfragen über die Kompetenzführerschaft vor den anderen Parteien. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist allerdings das Zutrauen in die CDU/CSU im Themenfeld Wirtschaft deutlich zurück gegangen und die Skepsis gegenüber der Problemlösungsfähigkeit der Parteien insgesamt auf 25 Prozent angestiegen. Bei der langfristigen Sicherung der Altersvorsorge und in der Steuerpolitik beträgt der Kompetenzvorsprung der Union vor den Sozialdemokraten nur wenige Punkte.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen I		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.						
Höchster Wert farbig unterlegt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen	43 (-10)	16 (+1)	10 (+2)	2 (+1)	3 (+1)	25 (+5)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen *	38 (-2)	24 (+3)	6 (-2)	4 (-1)	3 (±0)	24 (+1)
Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben *	33 (-3)	26 (+5)	11 (±0)	2 (-2)	3 (±0)	23 (-1)
Die Altersversorgung langfristig sichern *	29 (+4)	26 (+4)	8 (+2)	4 (-2)	2 (-1)	29 (-8)
Eine gute Steuerpolitik betreiben *	26 (+4)	23 (+5)	17 (-4)	5 (-1)	3 (±0)	25 (-4)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Dezember 2008 / * Vgl. zu Juni 2008
 Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe/andere Partei
 April 2009

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Die **SPD** hat ihre Kompetenzschwerpunkte in ihren Bemühungen um die von der Wirtschaftskrise betroffenen Arbeitnehmer sowie beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit. In ihrer Domäne können die Sozialdemokraten jedoch nicht an frühere Kompetenzwerte anknüpfen. Hier ist ihr in der Linkspartei, aber auch in den Grünen und der FDP ernsthafte Konkurrenz erwachsen. Eine Schärfung ihres Profils gelang ihr in den Bereichen Haushaltspolitik, Alterssicherung und Beschäftigung. In der Gesundheitspolitik verlor sie dagegen – wie die Union – an Zustimmung.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen II		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.						
Höchster Wert farbig unterlegt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Sich in der Krise am ehesten um die Arbeitnehmer kümmern **	21 (+5)	42 (+3)	7 (+1)	7 (±0)	2 (+1)	20 (-8)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	19 (-1)	37 (±0)	8 (+1)	10 (-1)	8 (±0)	17 (±0)
Eine gute Gesundheitspolitik betreiben ***	23 (-4)	25 (-6)	7 (+4)	4 (±0)	10 (+4)	29 (+1)
Die wichtigsten Probleme Deutschlands lösen	36 (-7)	18 (±0)	5 (+2)	3 (±0)	4 (+1)	32 (+3)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Dezember 2008 / ** Vgl. zu März 2009 / *** Vgl. zu Okt. 2007
 Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe/andere Partei
 April 2009

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

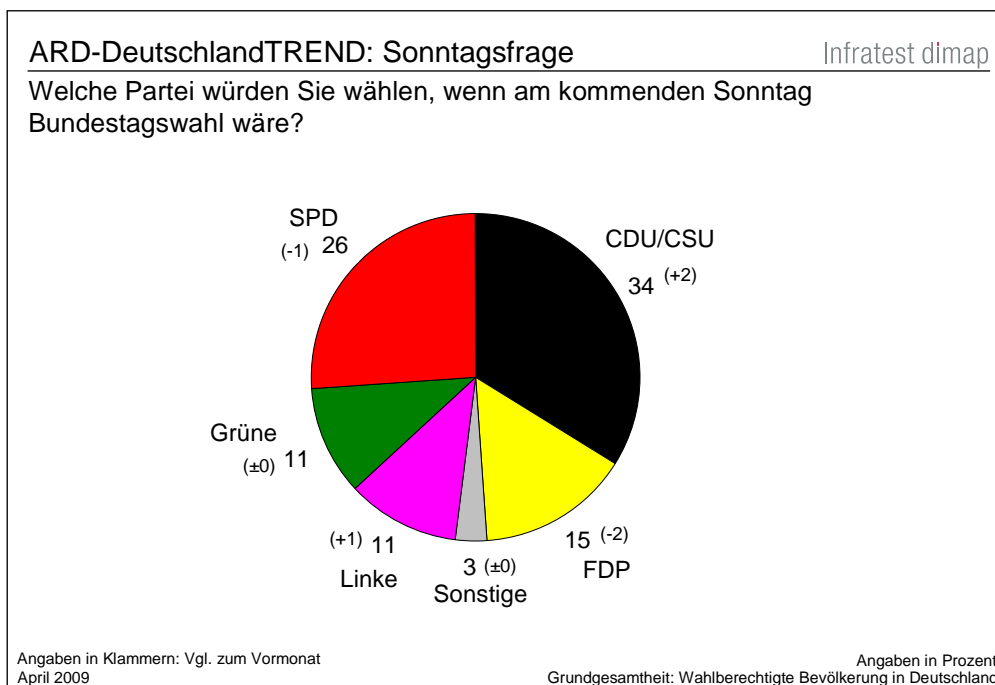
Die **FDP** ist trotz Einbußen besonders stark in der Steuerpolitik profiliert, wo 17 Prozent der Deutschen bei ihr die größte Kompetenz verorten. Auch in der Finanz- und Wirtschaftspolitik verfügen die Liberalen über Kompetenzschwerpunkte. Darüber hinaus haben sie auch in der Rentenpolitik und beim Thema soziale Gerechtigkeit gute Werte vorzuweisen. Die **LINKE** punktet vor allem mit ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit und für Arbeitnehmerinteressen in Zeiten der Krise. Den **Grünen** wird bei den in diesem Monat abgefragten Politikfeldern vor allem in der Gesundheitspolitik und beim Thema soziale Gerechtigkeit Vertrauen entgegen gebracht.

In einer Reihe von Politikfeldern ist die Skepsis gegenüber der Lösungskompetenz der Parteien insgesamt groß. Dies gilt für die Gesundheits-, Renten-, Wirtschafts-, Steuer- und Finanz- sowie Arbeitsmarktpolitik, wo viele Befragte bei keiner Partei angemessene Lösungskonzepte sehen.

In der **summarischen** Bewertung, welche Partei die wichtigsten Probleme des Landes am besten lösen kann, verliert die Union deutlich, verfügt mit 36 Prozent aber weiterhin über einen großen Kompetenzvorsprung vor den politischen Wettbewerbern. Den Sozialdemokraten trauen nur 18 Prozent hier am meisten zu. Immerhin ein Drittel aller Deutschen glaubt jedoch nicht, dass irgendeine Partei für die wichtigsten politischen Anforderungen ausreichend gerüstet ist.

Sonntagsfrage: Union mit Zugewinnen, FDP verliert

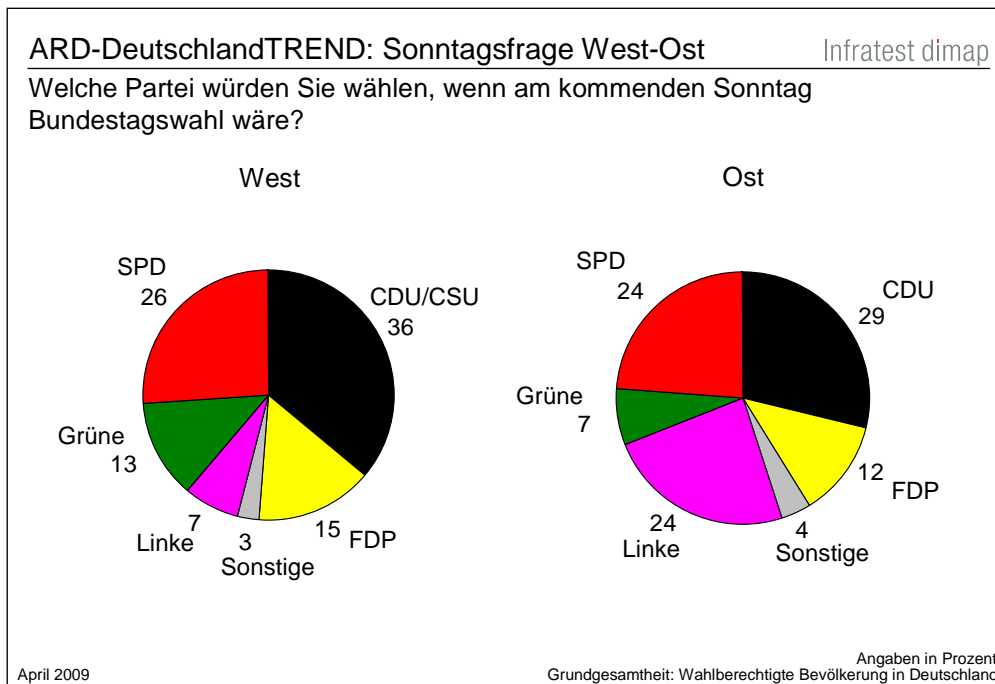
Die politische Stimmung in Deutschland ist aktuell wieder etwas günstiger für die Union als im Vormonat: Derzeit würden sich bei einem Urnengang 34 Prozent für die CDU/CSU entscheiden, ein Plus von 2 Punkten binnen Monatsfrist. Gleichzeitig verliert die kleinere bürgerliche Partei an Rückhalt: Die FDP käme auf einen Wähleranteil von 15 Prozent, ein Minus von 2 Punkten. Auch die SPD muss leichte Einbußen hinnehmen und käme nur noch auf 26 Prozent (-1) der Wählervoten. Linke und Grüne würden jeweils 11 Prozent erreichen, was für die Linke ein Plus von 1 Punkt und die Grünen einen konstanten Stimmenanteil bedeutet. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 3 Prozent.



Wäre dies das Resultat eines Urnengangs, würde neben einer Großen Koalition und Drei-Parteien-Bündnissen auch eine christlich-liberale Koalition über die notwendige – allerdings sehr knappe – Sitzmehrheit im Parlament verfügen.

Nach wie vor ist der Anteil der unentschlossenen bzw. noch unentschiedenen Wahlberechtigten mit rund einem Drittel hoch. Die Verunsicherung ist insbesondere bei früheren SPD-Wählern überdurchschnittlich groß.

In den **alten Bundesländern** erreicht die Union ebenfalls ein Plus von 2 Punkten und käme damit auf einen Stimmenanteil von 36 Prozent, während die SPD 26 Prozent erreichen würde. Die FDP läge mit 15 Prozent knapp vor den Grünen mit 13 Prozent. Die Linke käme auf 7 Prozent im Westen.



Auch in den **neuen Bundesländern** kann die CDU einen Zugewinn von 2 Punkten verzeichnen und sich mit einem Stimmenanteil von 29 Prozent wieder deutlicher von SPD und Linken mit jeweils 24 Prozent absetzen. Im Osten erreicht die FDP 12 Prozent, während die Grünen auf 7 Prozent kämen.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.